

Zur Sozialisierung der Wirtschaftsbetriebe.**Keine individuelle und einseitige Konfiskation.**

4 Berlin, 22. Nov. (Telegr.) Die Volksbeauftragten im Finanzministerium, Dr. Südekum und Hugo Simon, empfingen heute einen Vertreter der Politisch-Parlamentarischen Nachrichten und erklärten ihm im Verlaufe eines längern Gesprächs unter anderm:

Örtliche Versuche der Nationalisierung sind in keiner Weise zu billigen. Denn sie fügen sich nicht organisch in die Volkswirtschaft ein, sondern fördern nur die Desorganisation und verlangsamen den so dringlichen Wiederaufbau unsrer Wirtschaft. Bei den ungeheuren Lasten, die der verlorene Krieg uns auferlegt und die die Zukunft von uns heischt, ist nur straffste Organisation und solidarische Arbeit jedes Volksgenossen imstande, zu der notwendigen Erhöhung unsrer Erzeugungsfähigkeit beizutragen. Jede Verringerung der Erzeugung und der Erzeugungsfähigkeit ist ein Verbrechen am Volke. Wenn heute ein Unternehmer aus Furcht vor gewaltsamen Eingriffen einzelner im Einzelbetriebe oder aus andern Motiven seine Tätigkeit einschränkt, so leidet das große Ganze nur Schaden, und die Erzeugung wird geradezu sabotiert. Das gleiche gilt auch für die Arbeiter. Die Volksbeauftragten im Finanzministerium sind der Überzeugung, daß die nach sorgfältiger Prüfung als reif zur Sozialisierung erkannten Betriebe und Industrien, z. B. die Gewinnung aller Monopolprodukte oder die Versorgung mit Elektrizität, mit möglicher Beschleunigung in Gemeingut übergeführt werden müssen. Diese Sozialisierung kann natürlich keine individuelle und einseitige Konfiskation darstellen. Die sowohl im Reiche wie in Preußen geplanten Steuern werden es ganz von selbst mit sich bringen, daß auch die zunächst in kapitalistischer Betriebsform weiter bestehenden Gewerbe mehr oder weniger ihren früheren, rein privaten Charakter einbüßen und zu den Gemeinkassen mehr als bisher beitragen. Die Abwanderung von Vermögen in das Ausland muß unbedingt unterbunden werden. Abschlebung von Vermögensteilen in dieser Zeit, ist wie Fahnenflucht vor dem Feinde zu betrachten. Die Leute, die sich ihrer schuldig gemacht haben, werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Solchen Unterschleifen werden reichs- und bundesstaatliche Behörden sehr bald durch durchgreifende Maßnahmen einen Riegel vorschieben.